

Sozial-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Montagmorgen. Der monatliche Bezugspreis (einschließlich Post) beträgt 2.00 Reichsmark. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfennige. Der Preis für den Auslandbezug beträgt 2.50 Reichsmark. Der Preis für den Auslandbezug beträgt 2.50 Reichsmark. Der Preis für den Auslandbezug beträgt 2.50 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Zum Attentat auf Mussolini. Mussolini im faschistischen Kriegsgewand.

Der vermehrte Zugang von Sowjetreisenden nach Berlin wird in politischen Kreisen lebhaft beobachtet und kommentiert. Der letzte Monat hat eine Vermehrung des Zugangs von Sowjetreisenden um fast 25 Prozent gebracht. Ein Hauptteil von ihnen wird als Mitglieder der russischen Handelsdelegation der Polizei gegenüber ausgewiesen.

Da der von den Deutschen Reichspostverwaltung geplante Aufhebung einer Reise in Höhe von 150 000 Reichsmark wird gemeldet, daß der Millionenverbleib von der Telegraphenüberverwaltung benötigt werde, die zur Befähigung der Fernsprechnetzwerke die Verlegung des gesamten Leitungsnetzes auf unterirdische Kabel durchzuführen wolle.

Der Bremer Senat veranlaßte gestern einen großen Empfangsabend für die Damen und Herren der in Deutschland eingetroffenen mexikanischen Studiengesellschaft. Die Gäste sind heute nach Hamburg weitergefahren.

Die für den 8. und 9. April in Rom angetragene Tagung der Örtlichen Deutschen Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Preußen für das Jahr 1926 ist von der Polizei verboten worden. Die Polizei ist sich bei ihrem Vorgehen auf eine formale Auslegung des alten russischen Kirchengesetzes, in Wirklichkeit ist es ein weiterer Akt der Deutschfeindschaft.

Die aus Polen ausgewiesenen Optanten haben zur Wiederholung ihrer noch in Polen befindlichen Beschlüsse und zur Wiedererlaubnis der Einreise nach Polen die Intervention der deutschen Regierung angezogen. In Berlin-Potsdam hat sich am Sonntag ein Verband ausgewiesener Optanten gegründet, der Anlehnung an den Verband der vertriebenen Auslandsdeutschen sucht und der bereits eine Klubzeitung beim Reichsaussenminister Stresemann nachgeschickt hat.

Zur deutschen Forderung nach einer Kolonieteilung nimmt die halbamtliche Londoner „Morningpost“ Stellung, indem sie schreibt, im Augenblick und „leider“ auch auf Jahre hinaus würden die deutschen Hoffnungen sich als irrig erweisen.

Wie die Pariser Savosagentur aus London berichtet, befähigt man, daß der englische Schatzkanzler Churchill dem französischen Finanzminister Ricot mitgeteilt habe, er wünsche seinen Besuch vor der Eröffnung des englischen Parlaments, die am 13. April erfolgt, zu empfangen. Die Antwort Ricots sei noch nicht in London eingetroffen. Es handelt sich um eine Regelung der französischen Kriegsschulden an England. Ungeachtet der herrschenden Ton der englischen „Einladung“.

Der französische Innenminister Malou hat dem Ministerpräsidenten Briand seine Demission überreicht. Die Gründe für den Rücktritt sind nicht im Gesundheitszustand Malous zu finden. Malou wurde gleichzeitig mit Calthau im Kriege wegen Landesverrats in Haft gesetzt und wird noch heute wegen seiner Haltung im Kriege von den Rechten erbittert bekämpft. Es ist daher möglich, daß sein heutiger Rücktritt von Briand herbeigeführt ist, um eine Regierschwärzung des Kabinetts einzuleiten.

Das Kommunisten-Attentat.

Erregung und neue Verfassungen in Italien.

Miß Gibsons Kommunistin.

Der Zürcher „Tag Anz.“ meldet aus Rom: Schon die Abendblätter schreiben, daß das Attentat auf Mussolini das Werk der Kommunisten sei. Eine tausendköpfige Menschenmenge hat in den unteren Räumen des russischen Botschaftsgebäudes die Fenster eingeworfen. In der ersten Abendstunde mußte Polizei und Militär anrücken, um das Botschaftsgebäude zu sichern und die Menge zu vertreiben.

Wie verlautet, wurde auf der Piazza Hispana in Rom eine Schwedin namens Dagmar Ankerberg verhaftet, die unter ihrem Mantel einen Dolch im Gürtel ihres Rockes trug.

Die Freudentagungen vor dem Palais des Ministerpräsidenten dauerten bis nach Mitternacht. Die Polizei hat die Verhaftungen mehrerer Mißgünstigen der Attentäterin vorgenommen, darunter eines alten Mannes mit weißem Bart, der mit der Attentäterin kurz vor ihrer Tat auf der Straße gesprochen hatte.

Der „Kaiser Anzeiger“ meldet aus Rom: Nach den bisherigen Ermittlungen ist festgestellt, daß die Attentäterin auf Mussolini Kommunistin ist. Ein Polizeibeamter, der die Überwachung des Eingangs der russischen Botschaft in den letzten 14 Tagen hatte, hat die Attentäterin mehrfach in das Botschaftsgebäude ein- und ausgehen sehen. In Rom herrscht ungeheure Erregung. Die Behörde hält mit ihren Untersuchungsresultaten noch zurück.

Der „Kölnener Courant“ meldet aus London: Die „Kommunisten“ des römischen Attentäters Gibsons, zu den Haupten des englisch-irischen Beamtenhandes erzielt in London peinliche Überzeugungen. „Daily News“ schreiben, die Attentäterin sei schon vor Jahresfrist ganz in das nationalirische Fahrwasser gelangt und habe zuletzt dem kommunistischen Flügel der Partei angehört.

Daß man sie in Rom schließlich als Verriäterin erklären würde, könnte nur als Selbstmordtätigkeit gedeutet werden. „Daily Telegraph“ gibt eine Rede Miß Gibsons in Dublin am 8. Januar d. J. wieder, deren Inhalt deshalb Auffassen erregt habe, weil er als Bekenntnis zum frankosenkischen Anarchismus selbst von den irischen Nationalisten abgelehnt worden wäre.

Die englische Bergarbeiterfrage.

Auf der Konferenz der Bergarbeiterverbände von Lancashire und Chesire, auf der 75 000 Mann vertreten waren, wurde eine Entschließung ergoßigt, in der der Bericht der Kohlenkommission und die Vorschläge der Zehnfachter abgelehnt wurden.

Der Ausschuß des Bergarbeiterverbandes hielt gestern in London eine Konferenz ab. Heute wird die Delegiertenkonferenz den Standpunkt der Gesamtheit der Bergarbeiter in Bezug auf den Bericht der Kohlenkommission festlegen. In gut unterrichteten Kreisen sagt man, daß der Ersatzvorschlag beschlossen habe, die Vorschläge der Bergwerksbesitzer zurückzuweisen und der Konferenz anzupfehlen, gegenüber dem örtlichen Abkommen und einer Herabsetzung der Löhne energigsten Widerspruch zu erheben. Damit würde die Krise in ein sehr ernstes Stadium eintreten.

Gefahr in Indien.

Der holländische „Courant“ meldet aus London: Die englischen Zeitungen beginnen den Ernst der Lage in Indien auszusagen. Wie „Daily News“ melden, haben britische hohe englische Regierungsoffiziere in Indien den Heimtransport ihrer Familienangehörigen nach England in die Wege geleitet.

Der Pariser „Herald“ telegraphiert aus Kalkutta: Bei den Straßenunruhen in Kalkutta sind sechs Engländer getötet worden. Bei Gewinziporen vor Kalkutta wurde eine englische Wacheabteilung von Moslems angegriffen und niedergemacht.

Der amtliche Polizeibericht meldet 500 Verhaftungen und 35 Tote. In dieser letzten Zahl sind nur die bekannten Opfer einbezogen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Zahl der Toten größer ist, da einige Todesfälle nicht gemeldet worden sind.

Bei gestern in Kalkutta erfolgten erneuten Zusammenstößen wurden vier Personen getötet und zehn verwundet.

Ausfahrungen in Rom.

Wie nachträglich bekannt wird, sind gestern in Rom nach dem Attentat auf Mussolini mehrere Privatwohnungen teilweise zerstört worden. Die Möbel wurden zerstört und verbrannt, Personen sind nicht verletzt worden. Betroffen wurden u. a. die Wohnungen eines sozialistischen Abgeordneten, eines Journalisten und die der römischen Korrespondentin des „Vorwärts“.

Abreise Mussolinis nach Tripolis.

Die amtliche italienische Telegraphenagentur meldet vom Bord des Panzerschiffs „Canou“: Mussolini hat sich um 10.35 Uhr an Bord des nach Ostia liegenden Panzerschiffs „Canou“ eingeschifft. Mussolini führt die Front der Parteipagante ab und zieht eine Ansprache an die faschistischen Parteiführer. Er sagte, er habe sich an Bord des Schiffes berufen, damit sie der Marine, auf der die wichtigsten Hoffnungen für die Zukunft beruhen, Ehre bezuehen, und damit die Faschisten bei der Rückkehr in die Heimat dafür sorgten, daß das Bewußtsein von der Wichtigkeit der Marine vollständig erneuert werde.

Er fügte hinzu: Wir sind Menschen des Mittelmeeres und unsere Zukunft — ich will damit niemand kopieren — hat immer auf dem Meere gelegen und wird immer auf dem Meere liegen.

„Ich will niemanden kopieren“, sagt Mussolini und spielt damit auf das besonders von den deutschen Übersee-Deutschen (Dooftenden) mit Beherrschung aufgegriffene Wilhelm II. Wort an „In meine Zukunft liegt auf dem Meere“. Aber wenn er schon an das einstige deutsche Seefahrerwort denkt, dann sollte er auch daran denken, daß es uns die Feindschaft Englands, den Weltkrieg, die Hungerbedrohungen und den Versailles Frieden eingebracht hat. Italien ist dank der in englischer Hand befindlichen Meerenge von Gibraltar unendlich viel leichter zu hindern als Deutschland und ist für seine Ernährung noch viel mehr auf auswärtsige Zufuhr angewiesen. Es soll sich daher nicht, den Engländern irgendwie lästig zu fallen, sonst ist es mit einem Schlag vorbei mit dem Traum der Erneuerung des einstigen römischen Kaiserreichs.

Deutschfreunde in Serbien?

Das neue jugoslawische Kabinett ist gebildet. Es leitete dem König Donnerstagabend den Eid. Es leitet sich mit Ausnahme von Pajischitz und Stoobanowitsch zusammen aus Mitgliedern des zurückgetretenen Kabinetts, die ihre Ministerposten freiwillig behalten. Der neue Ministerpräsident Ugonoitsch (Kadita) übernimmt interimistisch das Finanzministerium. Das einstige Kabinett ist, daß der bisherige „angesehene König Serbiens“ und Deutschfeind Pajischitz ausgeschlossen ist.

Die deutschen Abgeordneten des jugoslawischen Parlaments sind dem Klub der serbischen Agrarier beigetreten. Zum Präsidenten des Klubs wurde Josa Joanowitsch, zum Vizepräsidenten der deutsche Parteiführer Dr. Kraft gewählt. Der gemeinsame Klub nennt sich Klub des Bauernbundes. — Das ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer Neuregelung der deutsch-serbischen Beziehungen, der größte Beachtung verdient. Wie einmütlich, ist auch der kroatische Bauernführer und Pajischitzgegner Raditsch deutschfreundlich.

Die deutschfeindliche Schweiz.

Die „Basler Nationalzeitung“ hat die Behauptung aufgestellt, daß das deutsche Deeresbudget 1.5 Milliarden Mark betrage. Diese unrichtige Falschmeldung muß mit der Nichtachtung zurückgeführt werden, daß das deutsche Deeresbudget tatsächlich nur 685 Millionen Reichsmark beträgt, von denen 200.5 Millionen auf die Marine entfallen. — Die Basler Meldung ist übrigens bezeichnend für die „Deutschfeindlichkeit“ der Schweiz, bei denen die deutschen Erhaltungszweckenden und Ausländer soviel deutsches Geld lassen, das wir im Inland viel notwendiger brauchen.

Die nach Beendigung der ersten Sitzung am 29. Januar d. J. unterbrochenen deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen sind am 7. d. M. in Berlin wieder aufgenommen worden.

Beamtenumschau.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reichelt hat die Erhöhung der Beamtenbezahlung endgültig ablehnend beschlossen, einmal durch Ausführungen im Haushaltsauswahlschuss des Reichstages und dann durch Darlegungen, die er gegenüber den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamtenerschaft machte. Er hat dabei erklärt, daß eine solche Erhöhung den geschlossenen Widerstand der ganzen Beamtenschaft finden würde. Aus demselben Grunde erklärte er auch in diesem Zusammenhang, daß eine Neuordnung der Beförderungserhebung im jetzigen Augenblick von den Beamten im ureigensten Interesse nicht gewünscht werden könnte. Dagegen lehnte er eine Herabsetzung der Pensionen und Gehälter entschieden ab. Die Reichsregierung denke weder an eine Herabsetzung der Gehälter noch der Pensionen. Es soll aber bis auf weiteres bei dem jetzigen Zustand belassen werden.

Auch der Reichstag hat sich mit einer Reihe von Beamtensfragen beschäftigt. Die Reichsregierung hatte ursprünglich beantragt, das Beförderungserhebung, das mit dem 1. April 1926 abläuft, zu verlängern. Ein neues Beförderungserhebung wurde auch im Reichstag eingebracht. Es fand aber so allseitigen Widerstand, daß nur noch ein kleiner Rest übrig blieb. An Stelle eines Beförderungserhebung wurde ein Gehaltentwurf im Reichstag und im Reichstag verabschiedet, der sich nur noch mit dem Wohnungsgeldzuschuß beschäftigte. Das Gesetz trat mit dem 1. April 1926 in Kraft. Es bestimmt, daß Länder, Gemeinden und sonstige öffentlichen Körperschaften den Wohnungsgeldzuschuß sowie die Driftklasseneinteilung für ihre Beamten und Lehrer nicht günstiger regeln dürfen, als es die Reichsbeamten gleicher Beförderungsguppen und gleicher Dienstleistungsgruppen am selben Orte geschieht.

Das Gesetz bekommt besondere Bedeutung dadurch, daß der Reichstag auch eine Regelung der Driftklassenfrage jetzt vorgenommen hat. Alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, hatten sich auf einen Antrag geeinigt, der die Einteilung von Orten und Driftstellen in das Driftklassenverzeichnis nach Grundbesitz festgelegt haben will, die vom Reichstag im Besonderen mit einem Auswahlschuss des Reichstages festgelegt werden. Bis zum 1. April 1928 soll ein neues Driftklassenverzeichnis aufgestellt werden. In der Zwischenzeit kann der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrats einzelne Orte oder Driftstellen bei herortretendem Bedürfnis nach Maßgabe der zuletzt aufgestellten Grundbesitz in eine andere Driftklasse einreihen. Zur Einteilung in eine niedrigere Driftklasse ist in jedem Fall die Zustimmung des Reichsrats und eines Auswahlschusses des Reichstages erforderlich.

Dieses Gesetz bringt gegenüber dem bisherigen Zustande wesentliche Verbesserungen. Der Reichstag scheidet in Zukunft für die Behandlung der driftklassenrechtlichen Beschlüssen ein einzelnes Orts aus. Das ist durchaus bedeutungsvoll, weil jetzt noch eine hunderte Beschlüssen vorliegen. Dabei wird es gut sein, wenn die betreffenden Antragsteller ihre Eingaben daraufhin nachprüfen, ob die Wohnungsmiete in ihrem Ort bei der letzten Aufstellung des Driftklassenverzeichnisses zu niedrig berechnet worden ist oder nicht. Denn darin liegt das Abgehende, Angaben über allgemeine Lebensverhältnisse sind zwecklos. Im übrigen liegt noch darin, ob die Grundlage der Wohnungsmiete für die Eingruppierungen auf die Dauer beibehalten wird.

Ferner wollte die Regierung ein neues Gesetz einbringen, das die Nichtanerkennung der im Wartelstand verbrachten Zeit auf das pensionsrechtliche bis zum Inkrafttreten der pensionsrechtlichen Vorschriften. Des kommenden neuen Beamtengesetzes hinausgehend. Da sich dieses Inkrafttreten heute noch gar nicht übersehen läßt, ist diese Forderung bereits in der Vorbereitung von den Regierungsparteien zurückgezogen worden. Da das nicht möglich war, wurde ein Gesetz verabschiedet, das eine viermonatliche Verlängerung vorsieht, um dann im Sommer eine endgültige Regelung der Inkredenzierung der im Wartelstand verbrachten Zeit herbeizuführen. Die Reichsbeamtenrechtsreform wird weiter fortarbeiten und der 14. (Beamten-)Auswahlschuss hat beschlossen, die Sitzungspause des Reichstages zur Förderung der Beratung auszunutzen.

Die Beratung im Reichsministerium des Innern gab Gelegenheit, eingehend über Rechte und Pflichten der Beamtenschaft zu reden. Dabei betonte sich der Reichsminister des Innern zum Berufsbeamtentum und erklärte, daß sich Beamte, welche die gegenwärtige Staatsform schmücken und verächtlich machen, unwürdig zeigen. Seine Ausführungen, der Beamte sollte die republikanische Staatsform beibehalten, sind vielfach kritisiert worden. Wenn sie beispielsweise von untergeordneten Organen benutzt werden, um Ge-

Die Verschuldung Deutschlands.

Die Direktion der Distanzlogistik "veröffentlicht in ihrem Wirtschaftsbuch Nr. 2 den Jahresbericht über den Nationalen Kassen und die Einnahmen für 1. Januar 1925.

Stellt man die einzelnen Anleihen zusammen, so ergibt sich in Millionen der Bundesanleihe:

1. Reichsanleihe 1917/18, in 100 Millionen mark, darunter 10 Millionen Reichsmark und 90 Millionen Reichspfennige, vom 2. September 1917 bis zum 1. Januar 1925.

2. Anleihen der Länder, ebenfalls in Dollar ausgelegt mit Unterbeteiligung Hollands und der Schweiz in Höhe von 24,50 Dollar = 102,90 Mill. Mark. Die Darlehensauszahlung der Anleihe beträgt 7 Proz. bei einer Laufzeit von 20 Jahren.

3. Anleihen der öffentlichen Unternehmungen: Fast ausschließlich in Amerika ausgelegt. Die Höhe beträgt 118,10 Dollar und 4,84 Mill. Reichsmark, darunter 102,66 Millionen Reichsmark.

Nach den Erwerbsgruppen gebordnet:

1. Elektro-Werte mit 84,5 und vom Jhr. 30,00 zu 7 Proz. und 16 Jahre Laufzeit i. D.
2. Kommune- und Lebensmittel mit 48,6 zu 7 Proz. und 20 Jahre Laufzeit i. D.
3. Wag- 6,0 zu 6 Proz. und 20 Jahre Laufzeit i. D.
4. Kirchliche Verbände (sals) mit Hfl. 4,84 zu 7 Proz. und 7 Jahre Laufzeit i. D.
5. Anleihen von Privatunternehmungen: Gesamthöhe = 120,25 und 9,0 und Hfl. 1,00 und Reichsmark 5,26 = 697,25 Millionen Reichsmark.
6. Staatsanleihe mit 10,0 und 1,0 zu 7 Proz. Zinsen und 25 Jahre Laufzeit i. D.
7. Rati-Anleihe mit 8,0 zu 7 Proz. Zinsen und 25 Jahre Laufzeit i. D.
8. Rati-Anleihe mit 8,5 zu 6 1/2 Proz. Zinsen und 15 Jahre Laufzeit i. D.

Frau die in allen Orten angenommenen Erbteilungsgleichen (Brennstein) kennzeichnet den Geist, der diese Abstammungsurteile erfüllt. Es war eine einzige Drohung gegen Deutschland. Und diesen jammervollen Darstellungen wollten Dr. Lutzer und Dr. Grefemann an Stelle Schwabens einen Sitz im Räterundrat zu setzen!

Französisch-spanische Einigung.

Brion hatte gestern vormittag mit dem Spanischen Volksgeneral Quinones de Leon eine Besprechung über die Vorbereitungen von Friedensverhandlungen mit den Führern der Rikämme. Ueber das Verfahren für die Aufnahme solcher Besprechungen ist, wie bekannt, zwischen beiden Regierungen, die sich hinsichtlich der eigentlichen Friedensbedingungen an das Räteräteabkommen halten werden, jetzt eine vorläufige Verständigung erzielt worden.

In den letzten Tagen hatten sich deutliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt, bei denen auf Seiten Spaniens englische und auch wohl italienische Einwirkungen mispielten. Auch hier zeigt sich der ererbte diplomatische Instinkt auf Seiten der Rikämme, der seit dem Scheitern von Genf herbesteht und der für uns mit neuer Deutlichkeit auf das Bismarckverhandeln im Hinblick auf die Welt weit beeinflusst wird. Es scheint, die Welt wird wieder einmal neu eingeteilt, und nur wir bleiben abseits, bis uns die Rechnung präsentiert wird, die wir dann natürlich zahlen, um es mit niemandem zu verdobern!

Quinones berichtet aus Langer: Einigkeit, die in Langer eingestanden seien, beruhten, dass unter den Rikammen eine mit Hausausgang verbundene Appropositem herrsche. Französisch-verbundene alle Maßnahmen ergreifen, um eine Ausbreitung der Epidemie zu verhindern. Hoffen wir, dass der Tapos unter den Rikammen nur eine Erfindung ist!

Spanien - Südamerika.

In Genoa (Spanien) fanden gestern im Zusammenhang mit der Rikäter spanischer Pfleger aus Südamerika große Festelichkeiten aus Anlass der Ueberrage von Baustellen für die panamerikanische Ausstellung in Genoa an Portugal und die südamerikanischen Länder fand. Bei dieser Gelegenheit kam das Zusammenkommen der spanisch-panamerikanischen Rikämme, diesseits und jenseits des Ozeans in bemerkenswerter Weise zum Ausdruck. Der bei jeder anwesende Rikatte von Spanien wurde von dem portugiesischen Gesandten mit den Worten begrüßt, daß er nicht nur der Herrscher Spaniens, sondern der ganzen überlisch-amerikanischen Rikatte sei!

Eine Niederlage der "Trodener" in Amerika.

Unter der Herrschaft der niedrigen amerikanischen Rikammen in allen Teilen der Welt einigen Staaten war eine Zustimmung über die Zweckmäßigkeit einer Wiltberung oder Aufhebung des Alkoholbrotzes verhandelt worden. Nach dem spanisch-panamerikanischen Rikämme, diesseits und jenseits des Ozeans in bemerkenswerter Weise zum Ausdruck. Der bei jeder anwesende Rikatte von Spanien wurde von dem portugiesischen Gesandten mit den Worten begrüßt, daß er nicht nur der Herrscher Spaniens, sondern der ganzen überlisch-amerikanischen Rikatte sei!

Die Londoner "Morningpost" medelt in einem Telegramm aus Sagdad die Fortsetzung archaischer nationalistischer Zmassenstücke nur Jofull.

Aus China wird gemeldet: Truppen der verdrängten Marxhülle haben heute 7-uppen der Nationalarmee angegriffen. Die Verhandlungen zwischen Feng und Wu Wei Yu dauern an.

Betriebsficherheit der Eisenbahn.

Die Zentrumsfraktion des Preuss. Landtages richtet an die Regierung eine Anfrage, was sie zu tun gedenkt, um die absolute Betriebsficherheit der Eisenbahn wiederherzustellen, da in letzter Zeit eine bedenkliche Säuhung von Eisenbahn-Wirtschaften zu verzeichnen gewesen sei. Die Fraktion weist darauf hin, daß die Steigerung der Gefährdung der Eisenbahn in der Hauptlage auf Mangel an Personal zurückzuführen sei und daß trotz der Aufhebung des Personalabbaues durch Gelebe bei den Reichs- und Staatsbehörden die Entlassungen ohne Unterbrechung bei der Reichsbahn stattfinden, bzw. Rückführungen von Beamten in Arbeitsverhältnisse, die Vorstufe der hiesigen Entlassung zu verzeichnen gewesen sei. Die Fraktion weist darauf hin, daß die Steigerung der Gefährdung der Eisenbahn in der Hauptlage auf Mangel an Personal zurückzuführen sei und daß trotz der Aufhebung des Personalabbaues durch Gelebe bei den Reichs- und Staatsbehörden die Entlassungen ohne Unterbrechung bei der Reichsbahn stattfinden, bzw. Rückführungen von Beamten in Arbeitsverhältnisse, die Vorstufe der hiesigen Entlassung zu verzeichnen gewesen sei.

Das Ende des Anschlußgedankens?

Der jetzt schließliche Mailänder "Corriere della Sera" medelt aus Wien, daß Bundeskanzler Rameks Rücktritt aus Berlin das Ende der offiziellen Anschlußbewegung bedeute. Damit habe Rameks die der Hauptforderungen Mailänder erfüllt. Italienischen Gefühlen sei er ihnen bereits sehr zufriedenstellende Mitteilungen gegeben worden. (1)

Die Verantwortung für die Meinung trägt der "Cor. della Sera", immerhin ist es bedeutsam, wenn das große schließliche Blatt dem Besuch Rameks in Berlin solche Deutung geben kann.

Warschau - Prag - Wien.

Der polnische Graf Straszynski wird am 12. April für sein Tage nach Prag fahren, um den Warschauer Besuch Dr. Benelchs zu erwidern. Hierbei soll der Austausch der Ratifikationsurkunden des Liquidationsvertrags und des Schiedsgerichtsabkommens zwischen den beiden Staaten erfolgen. Schiedsgerichtsbereitschaften hat die Graf Straszynski nach Wien reisen und den im Herbst 1923 erfolgten Besuch des Bundeskanzlers Dr. Seipel erwidern.

Die karmlose Begründung, Beside erwidern zu wollen, darf nicht darüber hinwegzuführen, daß sicher viel ermierte Dinge besprochen werden. Seit Locarno, und besonders seit Genf, hat auf dem ganzen Balkan eine fieberhafte diplomatische Tätigkeit eingelebt, bei der man deutlich bei der Besichtigung von Frankreich, Italien und England untersuchen kann. Die Ergebnisse sind allerdings noch völlig unklar, wohl auch noch dadurch nicht abgeschlossen. Unsere Diplomatie muß den Vorgängen die größte Aufmerksamkeit zuwenden, insbesondere der merkwürdigen Rolle, die Prag und Wien dabei spielen. Mit dem un-

Schluß der polnischen Wiltberheiten in der Tschekoslowakei und die deutschen Wiltberheiten?

Im tschechoslowakischen Senat und Abgeordnetenkammer wurde der Vertrag zwischen der Tschekoslowakei und Polen über Rikatte- und finanzielle Fragen sowie der Vertrag über Kredit- erleichterungen im Grenzverkehr angenommen. Die deutschen Rikatte bezeichnen es als besonders bedauernd, daß man bei der Vorkehrung zum Grenzverkehr eine vollständig autonome Gewähr habe, die man den Deutschen verweigert. Die Bestimmungen des Vertrages gingen weit über das hinaus, was sich in den Verhandlungsgesprächen zwischen den beiden Rikämmen vereinbart worden, das bis von den 70.000 Polen gegeben sei, bei 3/5 Millionen Deutschen nicht verweigert werde.

Polens wahres Gesicht.

Bei einer der unlängst stattgefundenen Wiltberungsgesamten in Volinski-Oberfließen erklärte der polnische Abgeordnete Stronitz unter tosendem Beifall der Menge:

"Wenn die Deutschen von Grenzübertragsfragen und um anderen Zusammenfällen, zu wissen, wie die Deutschen sein, wenn Sie ihr bekehrtes Reich, Oberfließen zu rauben, so erinnern wir daran, daß uns 1918 das ganze Schicksel ohne Wiltberung zugeprochen wurde. Wir hatten die Wiltberheit in viel größerem Gebiete. Wenn die Deutschen zufen: Katowice! dann zufen wir: Gleiwitz, Giezheln, Ratibor und Oppeln!"

„Spinnefeind“.

Wenn man das Wort spinnefeind, älter spinnefeind, so gebraucht findet, daß es zu bedeuten scheint: den Spinnen feindselig, wie a. B. in Schillers "Räuber", 2. Spiegelberg verhält ihm bei kein Gefäß so zuwider wie eine Spinne, so ist dieser Frauenstrafenstandpunkt der ursprünglichen Verwendung des Wortes fremd. Die ältere Zeit legte in dem Worte spinnefeind eine Naturbeobachtung nieder, die uns Frauen abseits, die Spinnen verhalten sich untereinander feindselig, die härteste fällt über die schwächere her und schlägt sie an. "Je fällt euch, wie zwei Spinnen, leidet an" sagt Althea Derrmann zu ihren Rikammen, und Keplersberg hat den Vergleich: "Je feindselig als die Spinne; der Wiltberer sind sie Rabatten", so spinnefeind als die Giftblut- und die Giezheln, der Giezheln ist über die Lieberlieferung bis Giezheln, der Giezheln ist über die, ein bezeugt ist und noch im Sprichwort lebt: Die Spinne jagt Gift, die Biene Honig aus allen Blüten. Nur die Rikatter werden von der Spinne verzehret; das wie auch andere, wenn Gefahr bringen könnte, ist nur in der Meinung der Rikamme, die ihrem Wiltberer von einer Spinne Ausbruch geben durch den Ausdruck: Pfliz Spinne!

Die Frauen lächeln.

Das Weltgespräch der Wiltberer Rikatten. Von Heria Liebhard.

Nichts führt uns die Grenzen der Sprache so zu Gemüt, läßt uns ihre Unzulänglichkeit so bedauern, wie das Frauenlächeln. Denn es will empfinden sein. Aber es in Worte überetzen? "Waler und Wiltberer alle Zeiten haben ihre höchste Kraft daran gesetzt, dieses Schmetterling der Seele", wie poetische Deute es gelaut haben, freizubalten, dessen Schönheit noch vergänglich ist, in sein muß, als die Blumen. Denn ein andauerndes Lächeln wird zur Grimmel. Daher lacht man auch nur die größten Wiltberer nicht an der Klippe. Aber wie sie das machen, darauf bleiben sie uns im Moment schuldig. Ihre Schönheit ist das, das Weltgespräch, dem wir mit Schritt und Tritts im künftlichen Schaffen gehen, wenn wir kein Wesen zu erfassen versuchen. Denn tatsächlich ist es doch, das gemalte Lächeln nicht auf die Dauer ein etwas Qualitäten empfinden wird, wie das entlose Lächeln eines lebendigen Kindes. Ober der hätte die lärmenden Belohnungen das wunderbare Lächeln der Mona Lisa, das muntere lippen-spinnende Lächeln der "Frau mit dem Kiehlkopf" von Mona Lisa, das besitzende liebenswürdiges Lächeln der wunderbaren Mme. Greuze, das liebliche heimliche Lächeln der zum Ausgehen gerietenen Dresdener Cassia von Rembrandt als Grimmel empfinden.

Verhältnismäßig gibt es haben die Künstler es verstanden, die unergründliche Stala des Frauenlächelns für die Kunst zu erwecken, es gemillertmaßen erfinden. Zwar kann die ältliche Mutter, das agnatische Mutter; auch ein Lächeln. Die überfließen, im Profil gezeichneten Frauenportraits mit dem ein face anwesenden dunklen Augen, wie sie sich auf den Wänden ihrer Grabbäuer finden, aber in ein seltsames freies Lächeln. Hin und wieder kommt ein leiser Zug von Ironie hinzu, wie bei dem Kopf der Venuskinden oder dem lärmenden Wiltberer der Spitzel. Es ist genau derselbe